Die Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt
Mitglieder der Arbeitsgruppe „Kommunales“

Antrag

5. Tagung des 9. Landesparteitages der Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt
am 23. und 24. September 2006 in Magdeburg

Für starke Kommunen demokratisch, sozial gerecht, wirtschaftlich und ökologisch nachhaltig

Kommunalpolitisches Rahmenwahlprogramm

1. Das Profil linker Kommunalpolitik schärfen

Die Landkreise, Städte und Gemeinden in Sachsen-Anhalt werden in den kommenden Jahren eine Vielzahl von neuen Herausforderungen unter komplizierten Rahmenbedingungen meistern müssen. Dem werden sich die Mitglieder des Landesverbandes der Linkspartei.PDS und vor allem die kommunalen MandatsträgerInnen unserer Partei stellen. Nur wer nicht stehen bleibt im Beklagen und Bekämpfen von Missständen und nicht kapituliert vor komplizierten Entwicklungsprozessen, sondern moderne, auf das Gemeinwesen orientierte Antworten findet, wird vor Ort gestalten können.
Wie kann Kommunalpolitik unter den Bedingungen der Globalisierung und der europäischen Integration gestaltet werden? Wie kann Kommunalpolitik Schrumpfungsprozessen entgegenwirken oder sie für attraktive kommunale Angebote nutzen?
Nirgendwo in der Bundesrepublik Deutschland sind die Kommunen stärker von den demografischen Umbrüchen und Binnenwanderungsprozessen betroffen wie in Sachsen-Anhalt. Das führt zu weit reichenden Folgen für die kommunale Daseinsvorsorge und für die Infrastruktur.

Welche Gestaltungsmöglichkeiten und Handlungsnotwendigkeiten ergeben sich daraus für Kommunalpolitik?

Antworten darauf, wie die Kommunalpolitik auf den Wandel der Arbeitswelt reagieren muss und welche neuen Felder sich daraus erschließen, müssen gefunden werden. Das verlangt, eigene Reserven zu erschließen und Bewährtes auf seine Tauglichkeit zur Lösung gegenwärtiger und künftiger Problemstellungen zu hinterfragen.

Gleichzeitig wird die Kluft zwischen diesen komplexer und komplizierter werdenden Aufgaben einerseits und den für die Kommunen dafür zur Verfügung stehenden eingeschränkten Entscheidungs- und Handlungsspielräumen andererseits immer größer.
Der Landesverband der Linkspartei.PDS wird sich weiterhin konsequent dafür einsetzen, bundes- und landespolitische Einschnitte für die Kommunen abzuwenden. Dabei werden wir aber nicht stehen bleiben. Umso engagierter müssen wir uns vor Ort den neuen Entwicklungsprozessen unter den vorhandenen Rahmenbedingungen stellen.

Der Landesverband der Linkspartei.PDS wird sich gemeinsam mit den Kandidatinnen und Kandidaten bei den bevorstehenden Wahlen zu den Kreistagen, den Landratswahlen, bei Wahlen infolge Städtefusionen oder bei freiwilligen Zusammenschlüssen zu Einheitsgemeinden auf zwei Grundsätze linker Kommunalpolitik konzentrieren:

1) Die kommunalpolitischen Entscheidungsprozesse sind stärker in die Gesellschaft hinein zu verlagern, d.h.: sie mit Bürgerinnen und Bürgern, mit Vereinen, Verbänden, Institutionen und mit der Wirtschaft vorzubereiten und umzusetzen. Deshalb gilt es nach einigen Jahren der Diskussion und zahlreichen Beschlussfassungen, das Leitbild der Bürgerkommune als Markenzeichen linker Kommunalpolitik im kommunalpolitischen Alltag konsequent zu entwickeln und mit Leben zu erfüllen. Linke Kommunalpolitik ist Politik zum Mitgestalten.

2) Jede kommunalpolitische Entscheidung soll auf den Prüfstand der sozialen Gerechtigkeit gestellt werden. Stets ist zu hinterfragen, ob und inwiefern die Chancengleichheit für Benachteiligte weiter verbessert und gesichert werden kann. Wir wollen der Spaltung der Gesellschaft entgegenwirken und die Folgen von Armut abfedern, Hilfe - auch zur Selbsthilfe - anbieten, ohne zu bevormunden.

Natürlich muss jede kommunalpolitische Fragestellung eine auf den Ort und die Region konkret zugeschnittene Antwort erhalten. Dennoch gibt es **inhalt-**

liche Schwerpunkte unserer kommunalen Programme, die linke Kommunalpolitik erkennbar machen:

- **Zur Sicherung der kommunalen Daseinsvorsorge** muss die Aufgabenwahrnehmung der Kommunen auf Grund neuer nationaler Entwicklungsprozesse, aber auch durch internationale Einflüsse, wie Globalisierung und europäische Gesetzgebung, neu gewichtet werden. Dabei wird sich die Linkspartei.PDS inhaltlich strikt am Leitbild einer sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Nachhaltigkeit orientieren. Das bedeutet auch, ökologische, soziale und andere am Gemeinwohl orientierte Aspekte verbindlich als Ziele in die Ausschreibungen und Vergaben von Leistungen aufzunehmen. Das ist umso zwingender, weil tendenziell immer weniger Aufgaben der Daseinsvorsorge durch die Kommunen selbst erfüllt werden.
  Zu wesentlichen **Kriterien** gehören für uns die qualitative und quantitative Versorgungssicherheit mit universellem und gleichem Zugang für alle. Dazu gehören auch die Beseitigung räumlicher und kommunikativer Barrieren, die Transparenz und die Sicherung eines Kontrollrechtes der kommunalen Vertretungen sowie ein hohes Niveau des Umwelt- und Verbraucherschutzes. Wir engagieren uns dafür, kommunale ggf. auch regionale Leitbilder kommunaler Daseinsvorsorge zu entwickeln. Privatisierungen öffentlicher Einrichtungen, die Auslagerung wichtiger Angelegenheiten der Kommunen an private Dritte oder der Verkauf von bedeutsamem kommunalen Eigentum sollen grundsätzlich von den Bürgerinnen und Bürgern selbst, also über Bürgerentscheide entschieden werden. Die Kommunen sollen der demografischen Entwicklung entsprechend gestaltet werden und allen Menschen gleiche Teilhabechancen gewährleisten. Wir unterstützen den Wettbewerb „Auf dem Weg zur barrierefreien Kommune" sowie die Einbeziehung des Kriteriums Barrierefreiheit in die Dorferneuerungs- und Stadtumbauprogramme.

- **Die Kinder- und Jugendpolitik** ist ein Kernbereich linker Kommunalpolitik. In Sachsen-Anhalt leben mehr als ein Viertel aller Kinder in Armut. Ihnen Chancengleichheit von der Kindereinrichtung bis zur Berufsbildung zu gewähren, ist Anspruch einer sozial gerechten Kinder- und Jugendpolitik. Wir setzen uns strikt für ein Ganztagsangebot für alle Kinder in Kindertagesstätten ein und wirken darauf hin, ein bedarfsgerechtes Angebot an Formen der Benachteiligtenförderung in der Kommune vorzuhalten. Dazu zählen die Einführung kommunaler Familien- bzw. Sozialpässe und eine umfassende Information über Rechte und Möglichkeiten für die Inanspruchnahme von Vergünstigungen in den einzelnen Lebensbereichen. Der Erhalt der kostenfreien Nutzung von

Sportstätten durch Kinder im kommunalen Bereich ist dabei von besonderer Bedeutung. Gesellschaftliche Teilhabe der Kinder und Jugendlichen ist nicht nur auf den Konsum der Angebote zu reduzieren. Sie sollen mitentscheiden, was sie betrifft. Kommunale Projekte sind bereits in ihrer Planungsphase auf Kinder- und Familienverträglichkeit zu prüfen. Wir wollen die Trägervielfalt von den kommunalen und freien Trägern in der Kinder- und Jugendarbeit vor Ort erhalten.

- **Die kommunale Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik** ist für viele Kommunen nach wie vor ein wichtiges Standbein zur Sicherung der Daseinsvorsorge und zum Erhalt von Arbeitsplätzen in der Region. Unser kommunalpolitisches Engagement richtet sich auf den Erhalt, die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit bei gleichzeitiger Wahrnehmung sozialer Verantwortung der Unternehmen. Kommunalunternehmen dürfen nicht benachteiligt werden, deshalb sind durch den Landtag die äußerst restriktiven Regelungen zur Weiterführung und Neugründung kommunaler Unternehmen in den §§ 116 ff der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt zu lockern.

- **Durch die Hartz IV-Gesetzgebung** werden in Sachsen-Anhalt tausende von Arbeitslosigkeit betroffene Menschen und ihre Familien diskriminiert. Die Linkspartei.PDS sieht sich in der Pflicht, nicht nur Widerstand gegen diese Diskriminierung zu leisten, sondern vor Ort jeden kommunalen Spielraum im Interesse der Betroffenen zu nutzen. Dafür sieht die Linkspartei.PDS im so genannten Optionsmodell durchaus bessere Voraussetzungen als bei der Kooperation der Landkreise mit den Arbeitsagenturen in den Arbeitsgemeinschaften. Im Zuge der Kreisgebietsreform wird sich die Linkspartei.PDS dafür einsetzen, derzeit optierende Kreise auf das gesamte Kreisgebiet auszuweiten und die Anzahl der für Sachsen-Anhalt zugelassenen Optionskreise mindestens zu halten. Bei den Arbeitsgemeinschaften sollen flächendeckend Beiräte diesen Prozess begleiten. Sie sollen nicht nur Informations-, sondern auch Vorschlags- und Antragsrecht haben.

- **Die kommunale Gesundheits- und Sozialpolitik** muss auf die konkreten Verhältnisse vor Ort, auf soziale Präventions-, Beratungs- und Unterstützungsmaßnahmen und medizinische Betreuungsangebote ausgerichtet werden. Wir setzen uns für aktivitätsfördernde und auf Hilfe zur Selbsthilfe gerichtete soziale Projekte ein. Wir fördern die vorrangige Entwicklung ambulanter Betreuungsformen, um hilfebedürftigen Menschen ein möglichst selbstbestimmtes und würdevolles Leben zu ermöglichen. Dazu

ist ein gut funktionierendes Netz von Beratungs- und Betreuungsangeboten sicherzustellen. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist eine qualifizierte Sozialplanung und Berichterstattung. Die Linkspartei.PDS wird sich dafür einsetzen, dass die Gleichstellungs- und Behindertenbeauftragten weiter tätig bleiben können.
Eine ortsnahe und ausreichende medizinische Grundsicherung ist flächendeckend zu garantieren. Besonders im ländlichen Raum sind deshalb auch neue Versorgungsformen zu finden oder alte wieder zu beleben (z.B. der Einsatz von Gemeindeschwestern). Das System der Krankenhausumlagefinanzierung ohne ein kommunales Mitspracherecht bedarf der Veränderung.

- **Kunst und Kultur** sind heute wichtige Standortfaktoren in Sachsen-Anhalt. Theater und Museen, um nur zwei Beispiele zu nennen, sichern und schaffen Arbeitsplätze, ziehen Touristen an, machen Städte und Gemeinden attraktiv. Gleichwohl stellen sie aus Sicht der Linkspartei.PDS einen universellen Wert für die Gesellschaft dar und sind nicht allein auf ihre Nützlichkeit und Verwertbarkeit zu reduzieren. Die Kultur ist für uns kein Luxusgut, das wir uns leisten können, wenn es uns finanziell gut geht und auf das wir verzichten müssen, wenn die Verhältnisse finanziell enger werden. Die Linkspartei.PDS setzt sich deshalb entschieden für die Verankerung von Kultur als kommunalpolitische Pflichtaufgabe in Sachen-Anhalt ein. Dies bringt der Kultur noch keinen Euro mehr, aber nur wenn die Kultur auf einer Stufe mit anderen wichtigen Aufgaben steht, rückt sie dahin, wo sie hingehört - in die erste Reihe. Kulturangebote von regionaler Bedeutsamkeit müssen auch zur Angelegenheit aller Kommunen in der Region werden. Kulturangebote von landespolitischer Bedeutung, wie Theater und Orchester, herausragende bauhistorische Zeugnisse, wie Burgen und Schlösser sowie Gedenk- und Weltkulturerbestätten müssen durch gemeinsame, verlässliche und langfristige Zusammenarbeit zwischen Kommunen und dem Land erhalten werden.

- **Der kommunale Umwelt- und Naturschutz** ist eine wichtige Säule nachhaltiger Entwicklung vor Ort, dem nur unter Einbeziehung der Einwohnerschaft und der Umweltverbände Rechnung getragen werden kann. Auch deshalb sind Aktivitäten im Rahmen des Agenda-21-Prozesses vor Ort neu zu beleben. Die Landesregierung und der Landtag sind gefordert, die regionalen Planungsgemeinschaften den neuen Erfordernissen anzupassen und den Kreistagen ein selbst bestimmtes Handeln in der Regionalplanung zu ermöglichen. Die Linkspartei.PDS setzt sich ein für eine ressourcensparende, sozialverträgliche und nachhaltige kommunale

Umweltpolitik. Bei sinkenden Einwohnerzahlen darf es kein Mehr an Flächen-, Energie- und Rohstoffverbrauch geben. Politik und Verwaltung in der Kommune sowie Einrichtungen in ihrer Trägerschaft müssen beispielhaft vorangehen. Der durch Ortsumgehungen und Neuausweisung von Bau- und Gewerbegebieten nach wie vor erhebliche Flächenverbrauch ist unter den gegebenen Infrastrukturbedingungen und der Bevölkerungsentwicklung in jedem Einzelfall kritisch zu hinterfragen.

- **Kommunen im ländlichen Raum** - insbesondere die Landkreise - tragen erhebliche Verantwortung zur Sicherung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. In diesen Regionen sind die Folgen von Abwanderung und demografischer Entwicklung besonders gravierend. In einigen Bereichen der Daseinsvorsorge, z.B. im ÖPNV, bei der medizinischen Versorgung und zur Sicherung ortsnaher Bildungsangebote sind neue Formen zu erproben und rechtliche und finanzielle Ausnahmeregelungen zu treffen, um auch bei sinkender Anzahl der spezifischen Nutzergruppen eine Grundsubstanz der Daseinsvorsorge zu ermöglichen. Die Linkspartei.PDS setzt sich konsequent dafür ein, dass Fördermittel auch für die ländlichen Regionen zur Verfügung gestellt werden.

- **Ein demokratisches Miteinander** vor Ort ist unvereinbar mit jeder Form von Menschenverachtung, Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Die Zivilgesellschaft darf rechtsextremes Gedankengut in keiner Form tolerieren. Die Linkspartei.PDS wird sich dafür einsetzen, dass Antifaschismus und Antirassismus als kommunalpolitische Grundsätze in den vielfältigsten Formen mit Leben erfüllt werden. Jegliche Erscheinungsformen des Rechtsextremismus müssen deshalb über ordnungsrechtliche, polizeiliche und juristische Aspekte hinaus als Problem regionaler Entwicklung wahrgenommen und folglich strategisch verfolgt werden. Rechtes Gedankengut darf in der alltagskulturellen Erfahrungswelt keinen Fuß fassen.
  Vorhandene Programme, Verbände und Vereine, die sich für die Ächtung von Gewalt, Intoleranz und Rechtsextremismus einsetzen, gilt es auf Dauer finanziell und personell zu unterstützen.
  Die kommunalen Anstrengungen für eine menschenwürdige Asyl-, Flüchtlings- und Migrationspolitik sind zu verstärken. Die Kreise und großen Städte Sachsen-Anhalts sollten die positiven Erfahrungen anderer Kommunen in der Arbeit von Migrationsbeiräten als politische Interessenvertretung von Flüchtlingen sowie Migrantinnen und Migranten als Instrument aktiver Integrationspolitik nutzen. Das schließt die Einbeziehung der Betroffenen in die Tätigkeit selbstverständlich ein.

Unsere Arbeit wird darauf gerichtet sein, vorhandene Netzwerke, wie z.B. „Miteinander e.V.“, „Mitmenschen“ oder „Integration durch Sport aktiv“ zu befördern. Gemeinsam mit anderen gesellschaftlichen Kräften werden wir solche Strukturen in Regionen, in denen diese bisher nicht vorhanden sind, ins Leben rufen.

- **Die Kommunalverwaltungen** sind unter der politischen Verantwortung der gewählten KommunalpolitikerInnen in den kommenden Jahren umfassend zu modernisieren. Eine moderne kommunale Behörde zeichnet sich nach Auffassung der Linkspartei.PDS durch Transparenz, Flexibilität und Effizienz sowie Barrierefreiheit aus. Sie bietet Bürgerservice aus einer Hand (front office) mindestens für beide kommunalen Ebenen ortsnah an und ermöglicht immer umfassender Mitgestaltungs-, Entscheidungs- und Wahlrecht per Internet. Besonders im ländlichen Raum ist mobile Behördentätigkeit zu erproben. Für eine aktive Bürgerschaft gibt es in modernen kommunalen Behörden feste AnsprechpartnerInnen. Die Verwaltungsarbeit ist nicht zuständigkeits-, sondern prozessorientiert auf die Problem- und Lebenslagen der Einwohnerinnen und Einwohner ausgerichtet. Kontinuierliche berufliche Weiterbildung ist genau so selbstverständlich für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der modernen Verwaltung, wie die ständige fachliche und projektbezogene Kontaktpflege zu den KommunalpolitikerInnen und der Einwohnerschaft.

- **Die Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker** müssen zur Bewältigung der neuen Herausforderungen noch höhere Maßstäbe an die eigene Arbeit anlegen. Höhere Maßstäbe - vor allem hinsichtlich einer transparenten, demokratischen, auf bürgerschaftliches Engagement ausgerichteten und fachlich kompetenten Arbeitsweise.
  Das bedeutet vor allem: die Herbeiführung von Bürgerentscheiden, das Aufstellen von Bürgerhaushalten, Rede- und Antragsrecht für Bürgerinitiativen bei sie berührenden Fragen, kontinuierliche Beratungen mit der Einwohnerschaft, Nutzung der fachlichen und sozialen Kompetenz der Einwohnerschaft bei der Lösung kommunalpolitischer Problemstellungen, kontinuierliche Veröffentlichung und Rechenschaftslegung der geleisteten Arbeit auch über das Internet und regelmäßige Weiterbildung zur qualifizierten Ausübung des Mandates. Dazu gehört auch eine finanziell und personell angemessene Ausstattung der Kreistagsfraktionen einschließlich der Möglichkeit, Geschäftsstellen vorzuhalten. Nur über solche Wege ist es auch möglich, aus der viel beklagten Abhängigkeit von der Verwaltung zu einem partnerschaftlichen Miteinander zu gelangen. Im

besonderen Maße fühlen sich einer solchen Arbeitsweise Landräte und BürgermeisterInnen mit dem Mandat der Linkspartei.PDS verpflichtet.

- **Die kommunalen Haushalte** sind nach Auffassung der Linkspartei.PDS in der Mehrzahl der Kommunen Sachsen-Anhalts strukturell unterfinanziert. Die KommunalpolitikerInnen mit PDS-Mandat haben und werden sich verantwortbarer Konsolidierungspolitik nicht verschließen. Jedoch sind die dafür vorhandenen Spielräume gegenwärtig nahezu ausgeschöpft. Auch muss berücksichtigt werden, dass bei Fusionsprozessen von Kommunen weder nahtlos noch adäquat früher beschlossene Konsolidierungsprogramme umgesetzt werden können. Dringend erforderlich ist eine Neugewichtung so genannter freiwilliger Aufgaben. Die Linkspartei.PDS wird sich in den Räten und Kreistagen dafür einsetzen, dass Bürgerhaushalte erstellt werden.
  Wir setzen uns ein für eine Novellierung des Prüfwesens für die Gemeinden. Die bürokratischen Mehrfachprüfungen müssen entfallen.

  Das Finanzausgleichgesetz (FAG) in Sachsen-Anhalt bedarf aus Sicht der Linkspartei.PDS dringender Veränderungen. So muss die Disparität zwischen Aufgabenumfang und die dadurch verursachten Kosten einerseits und der Finanzausstattung andererseits adäquat aufgelöst werden. Dabei ist zu prüfen, ob die Höhe der Finanzausgleichsmasse entsprechend den Grundsätzen des Urteils des Thüringer Verfassungsgerichtshofes zum Finanzausgleich vom 21.06.2005 ausreichend bemessen ist. Bevor dies nicht realisiert ist, sind jegliche Einschnitte bei den Kommunalfinanzen im Grundsatz verfassungswidrig. Die Linkspartei.PDS will durch eine Novellierung des Finanzausgleichgesetzes (FAG) in Sachsen-Anhalt ferner die Stadt-Umland-Beziehungen zukunftsfähig gestalten. Aus unserer Perspektive betrifft diese Problematik sowohl Mittel- als auch die Oberzentren, zumal sie zahlreiche Mehrbelastungen für das Umland tragen müssen. Dazu gehören die Unterhaltung von Schulen, Krankenhäusern und Kultureinrichtungen etc.. Weil von diesen Einrichtungen und Institutionen auch die umliegenden kleinen Gemeinden profitieren, ist für die entstehende finanzielle Mehrbelastung ein möglichst vollständiger finanzieller Ausgleich zu schaffen, ohne dabei kleinere Kommunen substanziell zu schwächen, denn auch sie leisten für die großen Städte wichtige Umlandfunktionen, so u.a. im touristischen und Naherholungsbereich.

2. Für eine tiefgreifende Funktional-, Verwaltungs- und Kommunale Strukturreform – trotz alledem

Ab 2007 haben die Kreise, Städte und Gemeinden in Sachsen-Anhalt längst überfällige, wichtige strukturpolitische Entscheidungen zu treffen und umzusetzen. Die dafür geschaffenen landespolitischen Voraussetzungen sind schlecht:

Die Linkspartei.PDS verurteilt besonders das Agieren der CDU, die aus parteipolitischem Kalkül die vom Grundsatz her richtigen Strukturreformansätze der 3. Legislaturperiode zunichte gemacht und bereits zum wiederholten Male nicht aufeinander abgestimmte Einzelreformansätze durchgesetzt hat.
Diese Politik setzt sich in weiten Teilen in der CDU/SPD-Koalition fort: Die Akzeptanz der SPD für eine zu kurz gegriffene Kreisgebietsreform ist dafür ebenso exemplarisch, wie die Koalitionsstreitigkeiten um die flächendeckende Bildung von Einheitsgemeinden und um die Lösung der Stadt-Umlandprobleme.
Dieses konzeptionslose landespolitische Agieren bleibt bei den kommunalen Akteuren akzeptanzlos und blockiert die sachliche Bewertung objektiv notwendiger Reformschritte. Die sich nunmehr über drei Legislaturperioden streckenden Diskussionen werden auch weiterhin im kommunalen Bereich wichtige Ressourcen im Verwaltungs- und Ehrenamtsbereich binden. Dennoch sind weitere Reformschritte im kommunalen Bereich alternativlos. Aus diesem Grunde wird sich die Linkspartei.PDS auch künftig auf der kommunalen und Landesebene konstruktiv in den Reformprozess einbringen. Wir werden darum ringen, aus der unzulänglichen Reformpolitik des Landes ein Optimum für die Kommunen herauszuholen und dabei unsere Reformziele immer wieder einfordern auch beim gegenwärtigen Handeln bereits mitdenken.

2.1. Zur flächendeckenden Einführung von Einheitsgemeinden gibt es Alternativen

Die Linkspartei.PDS lässt sich nach wie vor davon leiten, dass insbesondere im gemeindlichen Bereich demokratische Teilhabe bei der Entscheidung und Erfüllung der Angelegenheiten von Bürgerinnen und Bürgern erstrebenswert und möglich ist. Politik und Verwaltung müssen sich daran messen lassen, wie bürgernah, demokratisch, effizient und sozial gerecht sie zu arbeiten in der Lage sind. Weder das Modell der Einheitsgemeinde noch das der Verwaltungsgemeinschaft erfüllen diese Voraussetzungen allein durch die ihnen jeweils innewohnenden Struktureigenschaften. Entscheidend sind die Akteure vor Ort: ihre Fähigkeit zum überörtlichen Agieren auf der Grundlage eines ausgeprägten

regionalen Verantwortungsbewusstseins, ihre Fähigkeit zur Herbeiführung demokratischer Teilhabe sowie zum sozial und ökologisch nachhaltigen Einsatz der finanziellen Ressourcen. Bei der Bildung von Einheitsgemeinden können solche Potenziale hinsichtlich eines nachhaltigeren Mitteleinsatzes und effizienterer Verwaltungsstrukturen erschlossen werden. Einheitsgemeinden bergen aber auch die Gefahr in sich, ehrenamtliches Engagement zu reduzieren und die gemeindliche Identifikation zu schmälern. KommunalpolitikerInnen, welche die Vorteile eines Modells vorurteilsfrei anerkennen, sie bewusst nutzen und in Kenntnis der Nachteile kommunalpolitisch gegensteuern, werden diesen Reformprozess positiv für ihre Städte und Gemeinden gestalten können. So ist auch die flächendeckende Einführung von Einheitsgemeinden nicht zwingend erforderlich, wenn zwei strukturelle Nachteile der Verwaltungsgemeinschaft von den Akteuren selbst behoben werden. Deshalb bekräftigt die Linkspartei.PDS ihren Vorschlag, die Aufgaben von überörtlicher Bedeutung freiwillig in den Gemeinschaftsausschuss zu übertragen und die Mitgliedsgemeinden auf eine Anzahl von max. zehn Mitgliedsgemeinden zu begrenzen. Insbesondere für den ländlichsten Raum unseres Landes könnte dies eine sinnvolle Alternative zur Einheitsgemeinde darstellen. Dem Vorschlag des Landkreistages, in solchen Regionen ggf. weitaus kleinere Einheitsgemeinden zu genehmigen, stehen wir ablehnend gegenüber, da eine annähernd gleiche Leistungs- und Veranstaltungskraft zur Aufgabenverlagerung und -erfüllung vorauszusetzen sind. Die Linkspartei.PDS bekräftigt ihre Auffassung, dass unter den genannten Bedingungen zwei gemeindliche Modelle in Sachsen-Anhalt ihre Berechtigung haben sollten.

2.2. Kreisgebietsreform 2007 – ein aufwendiger Zwischenschritt

Für das Land Sachsen-Anhalt bestand die Chance, durch die Bildung von Regionalkreisen die Voraussetzungen für eine tief greifende Reform aller politischen und Verwaltungsebenen zu schaffen, diese wurde nicht genutzt. Das politisch ernüchternde Ergebnis lautet: Kreisgebietsreform wenig nachhaltig. - Funktionalreform nur begrenzt möglich. - Landesaufbau verharrt in Dreistufigkeit. Um eine Koalition mit der CDU zu sichern, verzichtete die SPD frühzeitig auf ihren politisch strategischen Ansatz der Regionalkreisbildung. Damit wurden wichtige Ressourcen zur Gestaltung einer schlanken, zweistufigen Landesverwaltung sowie einer orts- und bürgernahen Aufgabenerfüllung durch die Landkreise über weitere Jahre verspielt. Erneut wurde damit ein Kardinalfehler durch CDU und SPD bei der Gestaltung des Landesaufbaus begangen, in dessen Folge die Diskussion um die Kommunalstrukturen bereits vor Eintritt der Kreisgebietsreform weitergehen. Exemplarisch stehen dafür die Region Anhalt und die Region um Halle.

Die Linkspartei.PDS sieht mittelfristig keine Alternative zur Regionalkreisbildung. Wir fordern die Landesregierung nachdrücklich auf:

- Aktivitäten zur Regionalkreisbildung auf freiwilliger Basis weder rechtlich noch politisch zu behindern;
- unverzüglich die Aufgabenkomplexe zu benennen, die kommunalisiert werden sollen, um den Kreisen innerhalb des Fusionsprozesses mehr Planungssicherheit zu gewährleisten;
- dem Harzkreis Modellprojekte zur Übernahme von Aufgaben vorzuschlagen, die einen Regionalzuschnitt voraussetzen;
- die Vorbehalte gegen eine regionalkreisähnliche Lösung im Stadt-Umlandbereich großer kreisfreier Städte - insbesondere in der Region Halle - aufzugeben;
- unverzüglich dafür Sorge zu tragen, dass die Bildung von großen Einheitsgemeinden im Stadt-Umlandbereich in der Folge nicht zu noch großflächigeren Eingemeindungen führt, weil durch die objektiven Interessengegensätze die Pflichtzweckverbände voraussichtlich nicht zur nachhaltigen Entschärfung der Stadt-Umlandprobleme beitragen;
- die Kooperationsbeziehungen zwischen Stadt- und Umlandbereich auf eine rechtlich sichere Basis zu stellen. Der Verweis auf das Baugesetzbuch ist im Kreisneugliederungsgrundsätzegesetz nur eingeschränkt anwendbar;
- die Fusionen durch eine der Situation angemessene Landespolitik zu unterstützen. Dazu zählen zeitweise vereinfachte Haushaltsgenehmigungsverfahren, ebenso wie ein zeitweiliger Verzicht auf Fachgesetzänderungen, sofern die Spitzenverbände dem ausdrücklich widersprechen.

2.3. Funktionalreform - ein wesentliches Instrument der Demokratisierung und Effizienzsteigerung

Der Landesverband der Linkspartei.PDS wird sich auch weiterhin für eine umfassende Funktionalreform auf Landesebene und zwischen den Kommunen einsetzen, die jedoch insbesondere auf der Kreisebene in weiten Teilen dem Grundsatz der Effizienz folgend, größere kommunale Strukturen erforderlich machen würde. Wenngleich zu Beginn dieser Legislaturperiode auch diese Landesregierung eine „substanzielle Aufgabenverlagerung“ aus der Landesebene in die Kreise ankündigte, werden wichtige, dem Grundsatz nach kommunalisierbare Aufgaben in Teilbereichen oder vollständig in Landeshoheit verbleiben (müssen). Exemplarisch zeichnet sich das bereits jetzt für den Schulbereich ab.

Unter „substanzieller Aufgabenverlagerung“ versteht die Linkspartei.PDS eine Kommunalisierung geschlossener Ämterstrukturen der Landesebene - mindestens jedoch zusammenhängender Aufgabenkomplexe, die ihrem Wesen nach große Schnittmengen zu kreislichen Entscheidungsprozessen haben. „Substanziell“ sind Aufgabenverlagerungen nur dann, wenn sie einen zweistufigen Landesaufbau ermöglichen und das Landesverwaltungsamt als Bündlungsbehörde überflüssig machen. Mittelfristig müssen aus unserer Sicht jene Aufgaben, die auf der 1. Tagung des 9. Landesparteitages in Wittenberg beschlossen wurden, kommunalisiert werden. Dies betrifft insbesondere die Bereiche Schule, Umwelt, Forst- und Landwirtschaft, Arbeitsschutz und Gewerbeaufsicht sowie Teile der EU-Fördermittelvergaben. Die aktuellen Auseinandersetzungen innerhalb der Landesregierung verdeutlichen, dass eine Kommunalisierung von Aufgaben und der damit einhergehende Machtverlust aus eigener Kraft nicht zu erwarten sind. Die Linkspartei.PDS erneuert aus diesem Grunde ihre Forderung, den Landtag unverzüglich in die Diskussionen zur Funktionalreform einzubeziehen.

2.4. Die Fusionsprozesse demokratisch und transparent gestalten

Die Linkspartei.PDS wird alle MandatsträgerInnen und KadidatInnen bei der kommunalpolitischen Einflussnahme auf die Fusionsprozesse der Landkreise aktiv unterstützen. Zu den politischen Schwerpunkten der gegenwärtigen Aktivitäten zählen:

- das Durchsetzen und Wahrnehmen der politischen Steuerungsfunktion der Kreistage bei der Gestaltung des Fusionsprozesses und die Zusammenarbeit mit den Personalräten, da dieses Feld nicht allein der Verwaltungsspitze überlassen werden kann;
- die transparente Gestaltung des Fusionsprozesses und die demokratische Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern auf dem Weg in die neue kommunale Struktur, da dadurch bereits entscheidende Grundlagen zur Identifikation mit der Region gelegt werden;
- die konzeptionelle Vorbereitung und die politische Willensbildung zur sofortigen Ausrichtung der neuen Gebietskörperschaft auf die Entwicklung von Bürgerkommunen, da neue Strukturen immer auch die Chance für Leitbilder und Arbeitsweisen in sich bergen;
- die Vorbereitung von Bürgerentscheiden, da Wahlen auf kommunaler Ebene vom Grundsatz her immer mit Entscheidungen zu wichtigen örtlichen Angelegenheiten gekoppelt werden sollten;
- die Zusammenarbeit der Kreistagsfraktionen der Linkspartei.PDS und die darin eingeschlossene regionale Gewinnung und Schulung von Kandi-

datInnen, um das kommunalpolitische Engagement verstärkt regional auszurichten und öffentlich zu gestalten;
- die weitere Steigerung der kommunalpolitischen Kompetenz der Strukturen der Partei, insbesondere in den neuen regionalen Strukturen.

Einen wichtigen Schritt hin zur Entwicklung zu Bürgerkommunen werden die neuen Kreisverbände der Linkspartei.PDS in den nächsten Wochen gehen, indem sie unter aktiver Einbeziehung von Wählerinnen und Wählern maßgeschneiderte kommunale Wahlprogramme aufstellen:

demokratisch, sozial gerecht, ökologisch und wirtschaftlich nachhaltig!